

Leipziger Mustermesse — für wen?

Propaganda und Realität — Wenig für den Zonenbewohner

Am Abend des dritten Tages der großen Bundestagsdebatte wartete man in den Redaktionen der Sowjetzonenpresse mit höchster Spannung auf das Abstimmungsergebnis von Bonn. Die Zeitungen waren bereit, wie in den Tagen zuvor, gegen die Verträge loszuziehen. Als das Ergebnis bekannt wurde, ließ das SED-Zentralkomitee innerhalb einer Dreiviertelstunde sämtliche Aufmachungen umwerfen, das Bonner Ergebnis verheimlichen und gab die Lösung aus: „Bundestagsdebatte in den Hintergrund, alles ausrichten auf Leipziger Messe!“ So kam es, daß die Leipziger Frühjahrsmesse 1955 doch noch einen großen propagandistischen Start bekam.

Die Leipziger Messe ist heute nicht mehr Interessenwahrerin in der deutschen oder auch nur der sowjetzonalen Wirtschaft. Wie sich als größter Prunkbau über dem Messegelände der Sowjetpavillon erhebt, so hat die Wirtschaft des Ostblocks diese Messe für sich in Anspruch genommen. Leipzig ist für den Ostblock der am weitesten nach Westen vorgeschobene Punkt, vom dem aus man den für die Oststaaten lebenswichtigen Ost-West-Handel anbahnen kann.

So verblaßt erst einmal das ostdeutsche Wirtschaftsangebot hinter den Verhandlungsständen der volkdemokratischen Länder, die mit zum Teil unter dem Weltmarktpreis liegenden den Offerten auf Biegen oder Brechen Handel treiben möchten.

Unreales Zonenangebot

Die Zonenindustrie hat ausgestellt, was sie produziert. Gewiß sind viele Dinge darunter, die sich auf dem Weltmarkt verkaufen ließen. Noch mehr der ausgestellten Waren wären geeignet, das Leben in der Zone selbst zu normalisieren. Aber es ist eine Messe-Ausstellung: Was hier gezeigt wird, ist fast ausschließlich für den Export bestimmt, in erster Linie für den Ostblock.

Die westlichen Handelspartner sind es gewohnt, lange Lieferfristen von den Sowjetzonen-Außenhandelsstellen genannt zu erhalten. Diesmal dürften sie noch länger warten müssen: Die Zone hängt in allen Industrien mit vier bis acht Monaten Lieferschulden an die östlichen Nachbarländer zurück.

„Massenbedarf“ als Export

Eine weitere Tatsache regt zum Nachdenken an: Die SED hat seinerzeit das sogenannte „Massenbedarfsprogramm“ aufgestellt, weil infolge des immer mehr intensivierten Exports kaum noch Waren für den innerzonalen Handel übrigblieben. Jetzt sind einige dieser Massenbedarfsgüter in Leipzig zu sehen, aber — zu früh gefreut: Export! Was monatelang durch die sowjetzonalen Zeitungen gezogen wurde, womit HO und Konsum seit dem letzten Sommer rechneten, geht jetzt gegen harte Münze in den Außenhandel. Der Bürger, der von dem 450-Millionen-DM-Geschäftsangebot der Zonenregierung liest, muß sehen, wie seine letzten Hoffnungen auf eine Besserung des Warenangebotes mit dieser Summe schwinden.

Von Ulbricht stammt das Wort: „Die Zeiß-Werke sind hinter dem Ural besser aufgehoben als bei uns!“ Dieses Zitat fiel anlässlich der großen Verschleppungsaktion deutscher Facharbeiter und Ingenieure nach dem Osten. Jetzt, in Leipzig 1955, erweist sich dieses Ulbricht-Wort als verhängnisvolle Prophezie: Sowjetische Firmen, deren Namen zum Teil zum ersten Male genannt werden, bringen original Zeiß-Erzeugnisse auf den Markt, ja, bieten sie billiger als die Zone an! Andere deutsche, einst weltbekannte Erzeugnisse, erscheinen unter sowjetischen Namen: Made in UdSSR.

Was wirklich für den Inlandsbedarf gedacht ist, ist in Leipzig meist von zweitrangiger Qualität. Die Leichtindustrie steht hinter den Erzeugnissen der Schwerindustriebetriebe sichtbar zurück. Und diese Schwerindustriebetriebe wären froh, könnten sie von den ausgestellten Dingen auch für den Inlandsbedarf ausreichend produzieren.

Zahlen, Prozente . . .

Und wieder viele Prozentzahlen, Versprechungen für 1955, 1956, 1960 . . . Keiner der Messebesucher aus Dresden oder Ostberlin kann an einen Stand gehen, auf die ihn wirklich interessierenden Dinge zeigen und sagen: „Das möchte ich kaufen, was kostet es und wann kann ich es haben?“ In Leipzig sind Prag, Sofia, Moskau und Peking vertreten. Alle wollen mit dem Westen handeln. Für den Zonenbewohner, der Leipzig in den Messetagen sieht, hätte ein Westberliner Wochenmarkt bedeutend mehr zu bieten.

Die sehr ernste Verantwortung

DT. Der Deutsche Bundestag hat die Pariser Verträge angenommen. Wir haben den jahrelangen Streit um das Prinzip des deutschen Verteidigungsbeitrags, das mit der grundsätzlichen Gestaltung der deutschen Außenpolitik zusammenfällt, endlich hinter uns gebracht. Das ist das Wesentliche. Man sollte die Angelegenheit nun wirklich als abgeschlossen betrachten. Mit dem Ende des deutschen Ratifikationsverfahrens, in dem noch Bundesrat und Bundespräsident die Schlüsselpunkte zu setzen haben, beginnt ein Abschnitt der deutschen und der internationalen Politik, in dem es sich erweisen wird, was recht und richtig war: die Politik der Bundesregierung oder der Weg der Opposition.

Es ist verständlich, daß nicht die verhältnismäßig gut verlaufene Debatte, sondern das, was man die „Koalitionskrise“ nannte, die Gemüter im Bundestag am meisten in Bewegung hielt. Zum ersten Male seit der Gründung der Bundesrepublik war eine solche Situation entstanden, allerdings gemildert und gebändigt durch die zentrale Figur des Bundeskanzlers und das Mehrheitsgewicht der CDU/CSU. Man sollte diese Krise nicht allzu tragisch nehmen.

Es ist kein Nachteil, daß einmal die Legende der autoritär genormten Köpfe widerlegt wird, die sagt, im Bundeskabinett seien alle Meinungen immer der des Bundeskanzlers gleichgeschaltet.

Es ist auch kein Nachteil, daß die entstandenen Meinungsverschiedenheiten gerade um das Saarabkommen zum Ausbruch gekommen sind. Wir selbst halten die Annahme des Saarabkommens um des größeren Zieles willen für geboten. Wir haben aber volles Verständnis für diejenigen, die unter dem doppelten Eindruck der französischen Pression und mancher unbefriedigender Bestimmungen des Abkommens sich zu einem Ja nicht entschließen konnten.

Soll das so weitergehen?

Wir wissen heute noch nicht, wie sich im Rahmen der Ver-

träge die deutsche und die internationale Politik weiterentwickeln werden. Das hängt zunächst von Paris ab, wo die Verträge noch zu ratifizieren sind, und dann von den Sowjets, die irgendwann zwischen Ratifizierung und Verwirklichung der Verträge die Frage nach einer neuen Viererkonferenz zu beantworten haben werden.

In jedem Falle wird die deutsche Politik auf neuen Grundlagen vor völlig neuen Aufgaben stehen: ganz gleich, ob die Verträge verwirklicht werden oder ob sie scheitern, oder ob auf einer Viererkonferenz ein neuer Versuch zur Lösung der Deutschlandfrage gemacht werden wird.

Das alles berührt im höchsten Maße auch die deutsche Innenpolitik, die seit dem Bestehen der Bundesrepublik durch ein feindseliges Nebeneinander von Regierung und Opposition gekennzeichnet ist. Soll das so weitergehen? Hier besteht heute ein zwingendes Gebot zu einer Revision der Haltung sowohl der Regierung als auch der Opposition.

Wir denken dabei nicht an eine sogenannte Große Koalition, wir bejahen vielmehr die Teilung in Regierung und Opposition und ziehen sie einer Regierung aller Parteien vor, die schließlich die nie fehlende Opposition nur in den außerparlamentarischen Raum verlagert. Wir denken vielmehr an einen Friedensschluß beider, der sie inmitten einer ganz natürlichen Spannung doch zu einer Zusammenarbeit in den großen nationalen Fragen unseres Volkes führt.

Wer diese Notwendigkeit nicht begreift und sich ihr sogar versagt, ganz gleich, in welchem Lager er steht, der leistet der deutschen Politik keinen guten Dienst. Weder wenn die Verträge in Frankreich scheitern sollten, noch wenn sie zur Durchführung gelangen, kann das deutsche Volk die dann notwendigen sehr schweren Entscheidungen in der bisherigen Zerrissenheit zwischen Regierung und Opposition auf sich nehmen. In beiden Fällen werden nämlich innerdeutsche Notwendigkeiten

akut, die ebenso die Opposition binden wie die Regierung.

Niemand wird von den Pflichten unentbunden, die dann entstehen, und die z. B. das Parlament zu erfüllen hat, wenn es der Wehrpflicht die gesetzliche Grundlage geben muß. Den Pflichten stehen — aus den Verträgen erwachsen — neue Rechte gegenüber, die gleichfalls nicht nur der Regierung, sondern auch der Opposition zugute kommen werden.

Zu diesen Rechten gehört u. a. die freie Entscheidung auf manchen Gebieten, die bisher mit Vorrechten der Besatzungsmächte belastet waren: das Recht vor allem zur freien Gestaltung unserer diplomatischen Beziehungen, es erschließt uns Möglichkeiten der Information und der aktiven Einschaltung in die internationale Politik.

Forderung an beide

Regierung und Opposition stehen hier gemeinsam vor neuen Aufgaben und Pflichten, die sie in verständiger Zusammenarbeit nur gemeinsam wahrnehmen können.

Wir erwarten weder von der Opposition noch von der Regierung, daß sie sich einander einfach „gleichschalten“. Wir wollen weder dieses Wort noch die Sache, die es ausdrückt.

Aber wir wollen, wir fordern, daß sich über natürliche Spannungen hinweg, die nun einmal zum Wesen demokratischer Meinungsbildung und Führung gehören, auch ein Gemeinsames herausbildet.

Keine Schuldfrage

Wir werfen mit dem Blick auf die Vergangenheit keine Schuldfrage auf. Diese ist zwischen den beiden feindlichen Gruppen ohnehin geteilt. Aber voller Sorge um die innere Entwicklung unseres Landes fordern wir von der Opposition und der Regierung, daß sie nicht die sehr ernste Verantwortung übersehen, die sie nun zu tragen haben.

An ihr, die so klar zutage liegt und eine gute Zusammenarbeit geradezu erzwingen sollte, werden sie beide einmal gemessen und gerichtet werden.

Pariser Verträge vom Bundestag gebilligt

In zweiter und dritter Lesung — Bekenntnis zur Wiedervereinigung

Bonn (Eigenbericht/DPA). Am Sonntag ist im Bundestag die Entscheidung über die Pariser Verträge gefallen: Die Verträge, die der Bundesrepublik Souveränität und gleichberechtigte Partnerschaft mit der freien Welt bringen sollen, wurden mit glatter Mehrheit auch in dritter Lesung angenommen. Das Abstimmungsergebnis lautete: Vertrag über Souveränität von 475 Stimmen 324 dafür (in der 2. Lesung 327), 151 dagegen (2. Lesung 151), keine Enthaltungen, Vertrag über Besatzungstruppen von 474 Stimmen 321 (323) dafür, 153 (150) dagegen. Vertrag über deutsche Wiederbewaffnung von 473 Stimmen 314 (315) dafür, 157 (153) dagegen; in der dritten Lesung zwei, in der zweiten Lesung neun Enthaltungen. Das Saarstatut von 474 Stimmen 263 (264) dafür, 202 (204) dagegen, in beiden Lesungen je neun Enthaltungen.

Ein Änderungsantrag der SPD, nach dem das Gesetz über den Beitritt zur Westeuropäischen Union und zur NATO erst dann in Kraft treten sollte, wenn erneute Verhandlungen über die Wiedervereinigung ergebnislos geblieben seien, wurde mit 308 gegen 163 Stimmen bei sechs Enthaltungen abgelehnt.

Die Wiedervereinigung Deutschlands war das erste große Thema, mit dem der Bundestag seine vier Tage dauernde Rede- und Abstimmungsschlacht begann. Alle Parteien bekamen sich einmütig zu diesem entscheidenden Ziel der deutschen Politik.

Dann begannen die erbitterten Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Opposition über das Vertragswerk. Wesentliche neue Gesichtspunkte wurden dabei nicht vorgebracht. Immer wieder griff Bundeskanzler Adenauer in die Debatte ein.

Die Argumente

Die Sprecher der Koalition begründeten ihren Standpunkt damit, daß erst die deutsche und damit die europäische Sicherheit die Basis für eine erfolgreiche Wiedervereinigungspolitik sei. Demgegenüber gab die Opposition ihrer Sorge Ausdruck, daß die Ratifizierung und die damit verbundene Wiederbewaffnung der Bundesrepublik die Chancen für eine Wiedervereinigung zunichte mache, ohne der Bundesrepublik wirkliche Sicherheit zu geben. Beide Seiten waren sich darin einig, daß eine Stabilisierung der Weltlage auf der Basis der Teilung Deutschlands nicht in Frage kommt. Es bestand auch Einigkeit darüber, daß nur Ver-

handlungen der vier Besatzungsmächte zur Wiedervereinigung Deutschlands führen können.

Saar-Debatte

Bei der heftigen Debatte über das Saarabkommen schälten sich in der Sache erwartungsgemäß zwei Hauptfronten heraus. Die Befürworter des Saarstatuts führten vor allem die Überlegung ins Treffen, daß, wie Adenauer es formulierte, „Grandval und Hoffmann“ bleiben, wenn das Saarabkommen nicht ratifiziert wird, und daß dann auch die europäische Einigung gefährdet ist. Die Gegner des Abkommens operierten vor allem mit der These, daß die provisorische Lösung französischerseits als

Endlösung gedacht ist und damit die Abtrennung der Saar von Deutschland eingeleitet wird.

Über die Saarfrage ist es schon vor der Debatte zu einer Krise innerhalb der Regierungskoalition gekommen, da einige Bundesminister und die FDP nicht bereit waren, dem Abkommen zuzustimmen. Bundeskanzler Adenauer erklärte dazu, es sei nicht tragbar, daß Regierungsmitglieder in einem so wichtigen Punkt nicht die Regierungspolitik stützten. In den Wandelgängen sprach man bereits von der Möglichkeit des Ausscheidens der FDP aus der Koalition.

KP-Demonstrationen

Vor allem am ersten Tag der Beratungen kam es an mehreren Stellen Bonns zu Zusammenstößen zwischen Demonstranten, die kommunistische Flugblätter verteilten, und der Polizei. Dabei wurden Wasserwerfer eingesetzt. Wie die Polizei mitteilte, waren etwa 500 bis 800 Personen an den Demonstrationen beteiligt. Es handelte sich hierbei vornehmlich um Auswärtige, die im Laufe des Tages nach Bonn gekommen waren. Einige Personen wurden festgenommen.

Kontakt der Gelehrten

DT. Drei sowjetische Gelehrte, der Astronom Prof. Tschebotarew, der Mathematiker Pogorelow und der Physiker Dr.-Ing. Pasadowsky, haben der Universität Göttingen und der Akademie der Wissenschaften einen Besuch gemacht, um an den Feierlichkeiten zum 100. Todestag des großen deutschen Mathematikers Carl Friedrich Gauß teilzunehmen. Sie überbrachten eine Grußadresse der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften, die der Überzeugung Ausdruck gibt, daß dieser Tag den Weg für die weitere Entwicklung der traditionellen wissenschaftlichen Verbindung zwischen den Gelehrten Deutschlands und der Sowjetunion öffnen werde.

Das ist ein Akt — wohl der erste seit der von Moskau verkündeten Aufhebung des Kriegs-

zustandes mit Deutschland —, der etwas mehr bedeutet als eine „Koexistenz“ der Gelehrten: nämlich eine kulturelle Verbindung, die in früheren Zeiten zwischen Rußland und Deutschland sehr eng war.

Gewisse Erfahrungen machen es indessen notwendig, zu sagen, was ein solcher Kontakt ausschließen muß: das ist eine Propaganda, die sich in das Gewand der Wissenschaft hüllt, aber in Wirklichkeit Politik treibt. Das gehört nicht zum Stil deutscher wissenschaftlicher Arbeit und internationaler Zusammenarbeit. Das muß man in Moskau wissen, wenn der in Göttingen geäußerte Wunsch nach weiterer Entwicklung der wissenschaftlichen Verbindung zwischen den beiden Ländern Erfüllung finden soll.

Südostasien wird gestützt

Dulles: „Dem Angreifer ist der Weg erschwert“

Bangkok (AP/DPA). Zum Abschluß ihrer Konferenz in Bangkok haben die Außenminister der acht Staaten des Manila-Paktes versichert, daß sie angesichts der bestehenden Bedrohung von Frieden und Sicherheit in Südostasien Maßnahmen zur Stärkung der gemeinsamen Verteidigung treffen würden. Alle Vorkehrungen würden aber rein defensiv sein und niemals aggressiven Zwecken dienen. Auch die indochinesischen Staaten Südvietnam, Laos und Kambodscha (die dem Vertrag nicht angehören) würden bei der Erhaltung ihrer Freiheit und Unabhängigkeit unterstützt werden.

Die Paktstaaten haben die Errichtung eines ständigen Rates und eines Sekretariats mit Sitz in der thailändischen Hauptstadt Bangkok beschlossen. Ferner soll ein ständiger Militärausschuß gebildet werden, der die Pläne zur Verteidigung Südostasiens koordinieren soll.

Die Paktstaaten verpflichteten sich, im Vertragsgebiet sowohl eine kommunistische Aggression als auch einen kommunistischen Umsturzversuch von innen heraus zu verhindern.

Sie wollen auch auf wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet zusammenarbeiten, um den Lebensstandard zu erhöhen und einen sozialen Wohlstand im Vertragsgebiet zu erreichen. Die Pläne zur

Verteidigung Südostasiens sollen im April auf einer Konferenz in Manila ausgearbeitet werden.

Die Konferenz wurde von den Teilnehmern in der Überzeugung beendet, daß in der Sicherung des Vertragsgebietes gegen eine Aggression Fortschritte gemacht wurden. In seiner Schlußrede erklärte der amerikanische Außenminister Dulles: „Dem Angreifer ist der Weg erschwert worden.“

Abrüstungsgespräch beginnt

Westmächte skeptisch — Was will Moskau?

London (AP). Die neuen Abrüstungsverhandlungen der drei Westmächte, der Sowjetunion und Kanadas haben in London begonnen. Arbeitsgrundlagen sind ein britisch-französischer Plan und der neue sowjetische Abrüstungsvorschlag, dessen Einzelheiten erst im Laufe der Besprechungen bekannt werden dürften. Auf Wunsch der UN werden die Verhandlungen geheim geführt.

In westlichen Kreisen ist die Hoffnung, daß die Beratungen erfolgreich enden, jedoch nicht allzu groß. Besonders in amerikanischen Kreisen fürchtet man, daß die Russen weiter auf einem Verbot oder einer Vernichtung der Atom- und Wasserstoffwaffen als erstem Schritt zu einem Abkommen über eine Verminderung der

Persisches Kaiserpaar in Deutschland

Berlin (DPA/AP). Der Schah von Persien und Kaiserin Soraya, die gegenwärtig der Bundesrepublik einen Staatsbesuch abstatten, werden überall unter großer Anteilnahme der Bevölkerung herzlich empfangen. Nach den ersten Tagen in Hamburg reiste das Kaiserpaar nach Bonn weiter. Es wurde dort vom Bundespräsidenten, dem Bundeskanzler und anderen prominenten Persönlichkeiten auf dem festlich geschmückten Bahnhof feierlich empfangen.

anderen Rüstungen bestehen könnten. Die Westmächte sind sich aber darüber einig, daß eine solche Forderung unannehmbar wäre.

Der britisch-französische Abrüstungsplan, der von den Sowjets im Herbst als Diskussionsgrundlage akzeptiert wurde, geht von einer gleichzeitigen Verminderung der Atom- und Wasserstoffwaffen sowie der herkömmlichen Waffen und der Streitkräfte unter internationaler Kontrolle aus.

Pakt Türkei—Irak

Bagdad (AP). Das irakische Abgeordnetenhaus und die türkische Nationalversammlung haben den am Donnerstag unterzeichneten türkisch-irakischen Verteidigungspakt ratifiziert. In Ankara erfolgte die Billigung des Vertrages einstimmig, in Bagdad mit 116 gegen 4 Stimmen.

Vor dem irakischen Abgeordnetenhaus betonte Ministerpräsident Nuri Es-Said in diesem Zusammenhang, es sei das Ziel der beiden Vertragspartner, den Pakt auf weitere Länder auszuweiten. Der Beitritt stehe in erster Linie Persien, Afghanistan und Pakistan als islamischen Ländern offen, doch könnten sich auch die USA und Großbritannien anschließen.

Der auf Artikel 51 der UN-Charta beruhende türkisch-irakische Vertrag gliedert sich in acht Artikel. Er läuft auf fünf Jahre und verlängert sich jeweils automatisch um weitere fünf Jahre.

Frankreich wieder mit Regierung

Kabinett Faure für Ratifizierung der Verträge

Paris (Eigenmeldg./AP/DPA). Die französische Nationalversammlung hat den Radikalsocialisten Edgar Faure mit 369 gegen 210 Stimmen als Ministerpräsidenten bestätigt. Damit hat Frankreich 19 Tage nach dem Sturz von Mendès-France wieder eine Regierung.

Dem neuen Kabinett, dem am weitesten rechts stehenden nach Kriegsende, gehören neben den Radikalsocialisten die Volksrepublikaner, die Gaullisten und die Unabhängigen an.

Faure sprach sich in seinem Regierungsprogramm für den Abschluß der Ratifizierung der

Pariser Verträge in „bestmöglicher Zeit“ aus, für eine Stärkung des Atlantikpaktes, aber auch für Verhandlungen mit der Sowjetunion.

Auch Rom debattiert Verträge

Rom (AP). Im italienischen Senat hat die Debatte über die Pariser Verträge begonnen, die vom Abgeordnetenhaus bereits im Dezember mit 335 gegen 215 Stimmen gebilligt worden waren. An der Zustimmung zur Ratifizierung besteht kein Zweifel.

Verwirrung im Parteiapparat der SED

Defaitismus und Versöhnlertum — Negative Instrukteurberichte

Der Führungswechsel in der Sowjetunion, die zunehmende Einigung der westlichen Welt und einige innenpolitische Niederlagen haben in den letzten 14 Tagen zu peinlicher Verwirrung im Parteiapparat der SED geführt. Das Zentralkomitee hat seine Parteibeitzirksleitungen darum aufgefordert, an Hand vorliegender Instrukteur- und Schulungsberichte die Ursachen für diese Erscheinungen zu ergründen und erforderliche Gegenmaßnahmen vorzuschlagen. Inzwischen liegen einige solcher Berichte vor: Sie spiegeln die Furcht wider, in der SED-Funktionäre heute angesichts einer möglichen Wiedervereinigung in Freiheit leben. Sie sind aber auch aufschlußreich für die „Schlagkraft“ dieser aufgeblähten Massenpartei.

Als Hauptmerkmale fortschreitender Zersetzung werden in den einzelnen Berichten folgende Beobachtungen notiert: Die SED-Mitglieder scheuen sich, ihre Parteiabzeichen offen zu tragen. Die Beitragszahlung stockt. Viele Mitglieder hoffen, auf diese Weise eines Tages ohne erheblichen Schaden aus der Partei ausgeschlossen zu werden, um sich mit diesem Beschluß gleichzeitig ein Alibi für spätere Zeiten zu besorgen.

Auffallend ist das Bestreben alter Kommunisten aus der Zeit vor 1933, sich in „sektiererischen Grüppchen“ von der Masse der Parteimitglieder abzusondern. Hier werden nach Angabe der Bezirksleitungen „trotzkistische Theorien aufgewärmt“, wobei man sich auf den Sturz Malenkows und die Einsetzung eines Militärs als Stalin-Nachfolger als angebliche Rehabilitierung Trotzki's bezieht. Die Westarbeit der Partei wird offen als katastrophal bezeichnet. Während in der Bundesrepublik überhaupt keine Fortschritte zu verzeichnen seien, schwanke der Parteiapparat in Westberlin wechselweise zwischen Opposition zur Ostberliner Zentrale und Hoffnungslosigkeit.

„Agenten“ mit Parteibuch

Interessant ist, daß angeblich jeder zweite wegen „Agententätigkeit“ oder „Wirtschaftsverbrechen“ verhaftete Sowjetzonenbewohner das SED-Mitgliedsbuch besitzen soll. Die Parteiführung schießt daraus, daß gerade der mittlere Funktionärsapparat weitgehend unzuverlässig ist. Ein Teil der Schuld wird dabei den sogenannten „Westeinsätzen“ gegeben, bei denen sich SED-Mitglieder in Westberlin und auch in der Bundesrepublik ein eigen-

nes Bild über die dortigen Zustände hätten machen können.

Die Jugend verloren

Als entscheidend ist die Einsicht zu bewerten, daß die SED anscheinend endgültig die Jugend verloren hat. Die beunruhigendsten Diskussionen über Wiedervereinigung und „Nationalarmee“ würden gerade von den Jugendlichen geführt, stellen die Berichte übereinstimmend fest. Darauf sei es auch zurückzuführen, daß nur 25 Prozent aller die Altersgrenze überschreitenden FDJ-Mitglieder in die SED übergehen wollen.

Die „Kampfgruppen“ hätten, wie es weiter heißt, nicht den erwarteten Erfolg gehabt. Man betrachte die ständigen „Alarmübungen“ und „Feierabend-Einsätze“ bereits als „überaus lästige Angelegenheit“ und verstehe es in vielen Fällen, sich „mit Erfolg zu drücken“. Vor allem seien die Genossen darüber verärgert, daß man sie als erste heranholt, wenn es Krawallaktionen in Westberlin durchzuführen gilt.

Die Parteschulung wird als

„lustlos“ bezeichnet. Während im neuen Parteischuljahr weniger Quellenstudium bei Marx und Engels betrieben wird, komme die Schulung mit den Werken Stalins nicht recht voran. Gerade unter den älteren Mitgliedern mache sich ein „Testamentarismus“ breit, der die Schulung durch endlose Abschweifungen zu den Klassikern des Marxismus behindere.

Gering sei auch die Begeisterung, im FDGB aktiv mitzuarbeiten. Viele Genossen hätten geradezu Furcht, in den Betrieben für sowjetische Neuerermethoden und Leistungssteigerungen einzutreten.

Pazifismus

Besonders beunruhigend seien jedoch Pazifismus, Defaitismus und Versöhnlertum in der Partei. Gerade in Funktionärskreisen würden offen Thesen vertreten wie: „Wenn wir die KVP erst gar nicht als vollgültige Armee aufgestellt hätten, brauchten wir heute nicht über die Wiederbewaffnung zu streiten!“ Das habe in der Praxis dazu geführt, daß gerade die SED-Mitglieder die schlechtesten und unwilligsten Soldaten würden. Diskussionen über „gerechte und ungerechte Kriege“ oder „Gewehr ist nicht gleich Gewehr“ würden einfach als „Quatsch“ abgelehnt.

So also sieht es in der SED hinter den Kulissen aus. Einige Berichte sind mehr rosarot gefärbt, andere noch krasser. Alle aber sagen das gleiche aus: Unsicherheit herrscht in der Partei.

Eine neue ADN-Lüge

Erklärung der Berliner Bundespressestelle

Berlin (Eigenmeldung). Die Bundespressestelle in Berlin hat die über die sowjetzonalen Nachrichtenagentur ADN verbreiteten Erklärungen des in die Zone übergewechselten ehemaligen Mitarbeiters beim Bundesnotaufnahmeverfahren in Ulzen, Heinz Stöckert, als erlogen und tendenziös bezeichnet. Ein „Referat S.“ des Bundesministeriums für Gesamtdeutsche Fragen, bei dem Stöckert tätig

gewesen sein will, habe es nie gegeben.

Die Bundespressestelle wies darauf hin, die Tätigkeit der Dienststelle des Notaufnahmeverfahrens erstreckte sich nur darauf, zu prüfen, ob die Voraussetzungen der Flüchtlingseigenschaft gegeben sind. Im Verfahren werde ein besonderes Augenmerk darauf gerichtet, die Einschleusung von Agenten zu verhindern.

Neuer Glanz statt alter Größe?

Der Wiederaufbau in Potsdam

Potsdam (Eigenbericht). Vor zehn Jahren wurde die Innenstadt Potsdams durch einen schweren Bombenangriff zerstört. Kurze Zeit später vervollständigten die neuen kommunistischen Machthaber die Zerstörung, indem sie viele der halbausgebrannten Gebäude aus friderizianischer Zeit sprengten, unter anderem am Marktplatz den Palast Barbarini, am früheren Wilhelmplatz, jetzt Platz der Einheit, die Gontardschen Häuser, in der früheren Waisen(Dortu)straße das Zivilkasino, und viele andere Häuser, deren Aufbau keine großen Schwierigkeiten bereitet hätte.

Gerne hätte auch Herr Stalmer, der Polizeigeneral, Schwiegersohn Wilhelm Piecks, den bedeutendsten Schloßbau Potsdams, das Stadtschloß, dem Erdboden gleichgemacht und dort die Sportarena für die Vopos errichtet. Dem Widerstand der Potsdamer Bürger aber ist es zu verdanken, daß in letzter Minute die schon gelegten Zündschnüre wieder entfernt wurden. So ist das Schloß als eine malerische, bizarre Ruine erhalten geblieben. Die Sportarena aber wurde im Lustgarten errichtet.

Steine, Marmorsockel und Säulenreste der berühmten Kolonnaden holten sich die Bildhauer der Grabwerkstätten. Sie zahlten der Stadtverwaltung dafür einige Pappenstiele.

Seit Jahren werden Projekte für den Wiederaufbau Potsdams ausgearbeitet. Potsdamer Architekten, die Weimarer und Berliner Bauakademie haben brauchbare Entwürfe geliefert.

Nur über einen Punkt konnte man sich bis heute nicht einigen: über den Aufmarschplatz. Gewünscht wird ein großer mit Fliesen ausgelegter Platz, im Mittelpunkt der Stadt, umgeben von öffentlichen Gebäuden, deren Bautypus dem der Berliner Stalinallee entsprechen soll. Doch das sumpfige Gelände der Stadt stellt diesen Wünschen die größten Hindernisse entgegen.

Um Potsdam entsprechend den Wünschen der Regierung aufzubauen, würde allein der Unterbau der Gebäude Millionen verschlingen.

Es ist peinlich, daß die vielen Besucher von Sanssouci von der Stadt selbst einen so schlechten Eindruck mitnehmen. Die Häuser sehen verwahrlost aus, die wenigen Neubauten sind auf die Randbezirke der Stadt verteilt. Doch in diesem Jahr wurde

Potsdam in den staatlichen Aufbauplan an erster Stelle eingereiht. Nach dem Vorbild Polens, wo man sich mit dem prunkvollen Barock ausgesöhnt hat, soll es sein früheres Aussehen wiedererhalten.

Etwa 10 000 Wohnungssuchende sind in Potsdam-Babelsberg registriert. Die Russen haben noch immer Teile der Stadt für sich beschlagnahmt. Die neu zugezogenen Familien der Vopo-Offiziere brauchen Wohnungen.

Der Not gehend folgt man den Spuren der westdeutschen Kapitalisten und versucht durch Sparguthaben der Bevölkerung mehr Wohnungen finanzieren zu können. Aber wo soll in einer Zwangswirtschaft das Kapital herkommen? So ist zuerst einmal in der Innenstadt Potsdams nur der Aufbau einer Straße geplant, das bedeutet etwa 40 bis 50 neue Wohnungen in diesem Jahr, ein kleiner Tropfen auf einen heißen Stein.

Pankow will Jugendweihe erzwingen

Berlin (Eigenmeldung). Die Sowjetzonen-Behörden wenden immer schärfere Druckmittel an, um die Schulklassen für die Jugendweihe zu gewinnen. Jugendlichen, die sich geweigert haben, an der Weihe teilzunehmen, wurde erklärt, daß sie große Schwierigkeiten zur Erlangung einer Lehrstelle oder anderweitiger Berufsausbildung haben werden.

Die Lehrkräfte in den Schulen erhielten den Auftrag, im Unterricht den Sinn und Charakter der Jugendweihe zu erläutern und den Schülern die Teilnahme an dieser Feler nahe-zulegen. Lehrkräften, die eine solche Propaganda mit ihrer Überzeugung als Christen unvereinbar nannten, wurde ganz einfach erklärt, daß sich jeder Lehrer als Funktionär der Arbeiter- und Bauernmacht zu betrachten habe ohne Unterschied der Weltanschauung.

Ausreise verwehrt

Berlin (DPA). Angehörigen von Flüchtlingen, die in der Sowjetzone zurückgeblieben sind, wird nach Informationen des Untersuchungsausschusses freihändlerischen Juristen die Ausreise verwehrt, wenn die Sowjetzonenbehörden an der Rückkehr des Flüchtlings interessiert sind.

Eisläuferin flüchtete in die Freiheit

Turnier in Wien bot die Gelegenheit

Wien (AP). Die 29jährige tschechoslowakische Eiskunstläuferin Miroslava Nachodska, die in der letzten Woche am Weltmeisterschaftsturnier im Eiskunstlauf in Wien teilnahm, hat bei den Behörden der amerikanischen Besatzungszone Österreichs als politischer Flüchtling um Asyl gebeten.

Die Läuferin, die den 18. Platz im Weltmeisterschaftsturnier belegte, erklärte, sie habe Zuflucht im Westen gesucht, weil sie mit den Verhältnissen in der Tschechoslowakei nicht einverstanden sei.

Neue „Werbemethoden“

Berlin (Eigenmeldung). Wie aus dem Innenministerium der Sowjetzone verlautet, sollen bis

zum 31. März erneut rund 8000 jugendliche Arbeitskräfte aus den volkseigenen und artverwandten Betrieben entlassen werden. Die Landesarbeitsämter wurden beauftragt, die Entlassenen nur zur kasernierten Volkspolizei weiter zu vermitteln. Es sollen besonders die Jahrgänge 1936 und 1937 erfasst werden.

Neun Jahre Care

Care, die amerikanische Hilfsorganisation, wird im Juni ihre Tätigkeit in der Bundesrepublik, ausgenommen Berlin, und sieben anderen europäischen Ländern einstellen, nachdem sie neun Jahre lang Pakete an Bedürftige in Europa sandte.

Facharbeitermangel in der Zone

Berlin (Eigenmeldung). In den vergangenen Jahren haben die offiziellen Stellen der Sowjetzone immer wieder versucht, den Flüchtlingsstrom nach dem Westen zu bagatellisieren. Jetzt weist das Ministerium für Arbeit in einem Memorandum den Ministerrat darauf hin, daß durch die ständige Republikflucht auf dem Arbeitsmarkt eine teilweise bedenkliche Situation eingetreten ist. Besonders spürbar tritt der Mangel an Facharbeitern in Erscheinung. Die Textilindustrie und die Landwirtschaft wurden besonders stark betroffen.

Teure Pilgerfahrten gen Westen

Störaktionen machten sich nicht bezahlt

Die Billigung der Pariser Verträge durch den Bundestag war für die Kommunisten nicht nur mit einer entscheidenden politischen Niederlage, sondern nebenbei auch noch mit finanziellen Einbußen verknüpft. So hatte die SED kostspielige Störaktionen im Bundesgebiet arrangiert, die zwar wirkungslos blieben, das Westmarkkonto der SED aber erheblich belasteten.

So mußte der Ostberliner FDGB beispielsweise 8400 Mitglieder und Funktionäre als „harmlose Reisende“ und Touristen in die Bundesrepublik

entsenden. Jeder bekam 15 DM Tagesspesen, 50 DM Handgeld und die Reisekosten bezahlt. Vom Kulturbund Ostberlin fuhren insgesamt 4000 Mann. Da sich hierunter Schriftsteller, Künstler und SED-Professoren befanden, lagen die Spesen zum Teil erheblich höher als beim FDGB.

Die FDJ schickte allein von der Ostberliner Humboldt-Universität und verschiedenen Hochschul-Instituten mehr als 1000 Ostberliner Mitglieder und Funktionäre.

Die Zahl der illegal in die Bundesrepublik eingereisten SED-Funktionäre ist nicht festzustellen, weil sie sich fast ausnahmslos als Abgesandte sowjetzonaler Massenorganisationen tarnten.

Die meisten waren in Großstädte geschickt worden mit dem Auftrag, sich den erwarteten „Massenaktionen“ der Bevölkerung sofort anzuschließen und „die Führung zu übernehmen“. Die SED-Genossen saßen dann tagelang in ihren Vorstadthotels und warteten auf das, was nach Meinung der SED-Führung kommen sollte und nicht kam.

Kein Fleisch in Moskau

Wichtige Nahrungsmittel knapp geworden

Moskau (AP). In der sowjetischen Hauptstadt sind in den letzten Tagen wichtige Nahrungsmittel äußerst knapp geworden und zum Teil völlig aus den Läden verschwunden.

Rind- und Hammelfleisch ist in Moskau so gut wie gar nicht mehr zu bekommen, auch Schweinefleisch ist fast kaum noch zu haben, obwohl diese Fleischsorte wegen der hohen Preise gewöhnlich zuletzt ausgeht.

die notwendigen Arbeitskräfte zu stellen. Die Unterbringung und Versorgung der Jugendlichen ist jedoch so schlecht, daß allein im letzten Monat rund 300 FDJler ihr Arbeitsverhältnis gelöst haben und in ihre Heimorte zurückgekehrt sind. Das Werkkuchenessen hat sich in der letzten Zeit so verschlechtert, daß die Jugendlichen nicht satt werden können und bei der HO kaufen müssen.

Aus 10000 mach 1

Peking (AP/DPA). Die Regierung von Rotchina gab eine umfassende Währungsreform bekannt, bei der je 10 000 Einheiten der bisherigen Währung (Yuean) den Wert eines neuen Yuean erhalten sollen. Als Stichtag für die Währungsreform wurde der 1. März festgesetzt. Ein neuer Yuean entspricht etwa 1,71 DM.

Aus der Haft entlassen

Rom (DPA). Vorzeitig aus der Haft entlassen wurde nach Meldungen des Vatikan senders der Bischof Kaczmarek von Kielce (Polen). Der Bischof wurde Ende 1953 wegen „volksfeindlicher Betätigung“ zu zwölf Jahren Gefängnis verurteilt.

300 machen nicht mit

Berlin (Eigenmeldung). In der Nähe von Spremberg, bei Tratendorf, ist der Bau eines Kraftwerkes im Gange. Die FDJ hat die Patenschaft übernommen und sich verpflichtet,

Rückgang der Studenten-Zahl

Auswirkungen der neuen Stipendienordnung

Berlin (Eigenmeldung). Die geplante Einführung der neuen Stipendienordnung für die Universitäten und Hochschulen der „DDR“ enthält starke Kürzungen der bisherigen Stipendienätze für die Studierenden. Die Gründe für diese Einsparungen sind einmal in den erhöhten Ausgaben für die KVP zu suchen, zum anderen soll gleichzeitig durch diese Maßnahme die Zahl der Studenten eingeschränkt werden.

Ein Teil der Studenten kann mit dem erheblich niedrigeren Stipendium das begonnene Studium nicht zu Ende führen, außerdem wird die Zahl der Bewerbungen zur Zulassung an den Hochschulen im Wintersemester 1955/56 geringer sein als sonst. In dieser Hinsicht liegen dem Staatssekretariat für Hochschulwesen bereits jetzt Zahlenangaben einiger Arbeiter-

und Bauernfakultäten vor. Danach sehen sich von der Arbeiter- und Bauernfakultät Berlin bald 600, in Halle 310, in Leipzig 446 und in Rostock 62 Arbeitstudenten nicht in der Lage, ihr Studium weiterzuführen.

„Qualitätsarbeit“

Berlin (Eigenmeldung). Das volkseigene Stahlwerk Silbitz bei Gera hatte an die Reichsbahnausbesserungswerke für über 130 000 DM Räder für Eisenbahnwagen und Lokomotiven geliefert. Im Januar mußte die gesamte Lieferung auf Anordnung der Hauptabteilung Eisenbahn des Ministeriums für Verkehrswesen nach Silbitz zurückgegeben werden. Es hatte sich herausgestellt, daß der größte Teil der gelieferten Räder fehlerhaft gearbeitet und für die Reichsbahn nicht verwendungsfähig war.

Von der Dampfmaschine zur V 1

Das Deutsche Museum im neuen Glanz

„Sie machen ja einen Jahrmarkt“, meinte Wilhelm Röntgen indigniert, als ihn der Gründer des Deutschen Museums, Oskar von Miller, um ein Modell bat, mit dem einem Laienpublikum die Wirkungsweise der von ihm entdeckten X-Strahlen gezeigt werden könnte. Der Begriff „populäre Wissenschaft“ war damals, zu Anfang unseres Jahrhunderts, noch ziemlich verpönt. Oskar von Miller, Elektroingenieur, hat den Bann gebrochen. Sein Lebenswerk, das Deutsche Museum in München, wurde zum ersten und bleibenden Schaufenster der Wissenschaft und Technik.

Zum 100. Geburtstag Oskar von Millers, der am 7. Mai gefeiert werden soll, wird das Deutsche Museum in neuem

(1862) zu finden ist. Daneben sind die Entwicklungen aus dem Reich der Turbine dargestellt, vom ersten Raketenauto, mit dem der Münchener Ingenieur Max Valier 1930 tödlich verunglückt war, bis zum „Schmidt-

rohr“, das zum Strahlantrieb der V 1 verwendet wurde.

„Es wird nun allerdings immer schwieriger, die Errungenschaften der modernen Technik so darzustellen, daß sie auch den Laien anzusprechen vermögen“, klagt Museumsdirektor Bäßler. Vor allem in der Atomphysik fehlt es an geeigneten

Demonstrationsmöglichkeiten und die letzten gegenständlichen Entwicklungen auf diesem Gebiet, etwa der Atommeiler und das Zyklotron, sind auch im Modell noch keineswegs museumsreif. Dem bedeutendsten technischen Museum der Welt, das nun ein gutes halbes Jahrhundert alt ist, erwachsen daraus neue Aufgaben.

Freunde in der SBZ, die unsere Aufklärungsarbeit unterstützen und ihre Meinung über den Inhalt äußern wollen, bitten wir, den Fundort dieses Blattes an das Postschließfach Nr. 58 nach Berlin-Charlottenburg 9 mitzuteilen.

Glanz erstehen. Etwa die Hälfte des im Krieg schwer zerstörten Gebäudes ist jetzt wieder der Öffentlichkeit zugänglich.

Neu eingerichtet werden in diesen Wochen vor allem ein modernes, naturgetreues Steinkohlenbergwerk und die Abteilung Metallbearbeitung, in der das Schmieden, Walzen, Ziehen, Schweißen und Löten gezeigt wird. Eine besondere Attraktion ist das Modell des berühmten 50-Tonnen-Dampfhammers „Fritz“, der von 1861 bis 1911 bei Krupp stand. Ein riesiger Saal, der ganz im Stil einer neuzeitlichen Fabrikhalle angelegt wurde, beherbergt moderne, elektronisch gesteuerte Werkzeugmaschinen.

Neu erstanden ist auch die große Kraftmaschinenhalle, in der eine haargenaue Nachbildung der ersten Dampfmaschine der Welt (von James Watt 1778 gebaut) und das Original der ersten deutschen Lokomotive

(1862) zu finden ist. Daneben sind die Entwicklungen aus dem Reich der Turbine dargestellt, vom ersten Raketenauto, mit dem der Münchener Ingenieur Max Valier 1930 tödlich verunglückt war, bis zum „Schmidt-

rohr“, das zum Strahlantrieb der V 1 verwendet wurde. „Es wird nun allerdings immer schwieriger, die Errungenschaften der modernen Technik so darzustellen, daß sie auch den Laien anzusprechen vermögen“, klagt Museumsdirektor Bäßler. Vor allem in der Atomphysik fehlt es an geeigneten Demonstrationsmöglichkeiten und die letzten gegenständlichen Entwicklungen auf diesem Gebiet, etwa der Atommeiler und das Zyklotron, sind auch im Modell noch keineswegs museumsreif. Dem bedeutendsten technischen Museum der Welt, das nun ein gutes halbes Jahrhundert alt ist, erwachsen daraus neue Aufgaben.

Wohnungen für die Kumpel
Freiwillige Sozialleistungen in Westdeutschland

Freiwillige Sozialleistungen in Westdeutschland

Freiwillige Sozialleistungen in Westdeutschland

Freiwillige Sozialleistungen in Westdeutschland

Freiwillige Sozialleistungen in Westdeutschland

Freiwillige Sozialleistungen in Westdeutschland

Freiwillige Sozialleistungen in Westdeutschland

Freiwillige Sozialleistungen in Westdeutschland

Freiwillige Sozialleistungen in Westdeutschland

Filme im Amerika-Haus

Ständige kostenlose Filmvorführungen mit den neuesten Wochenschauen werden für Besucher aus dem Ostsektor Berlins und der Ostzone im Amerikahaus am Nollendorfplatz gezeigt.

Täglich ab 18 Uhr in stünd-

licher Folge. Letzte Vorführung um 17 Uhr. Sonnabends Beginn um 14 Uhr; sonntags Beginn um 15 Uhr.

Jugendfilmstunde für Kinder aus dem Ostsektor und der Ostzone jeden Sonntag um 14 Uhr.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin - Charlottenburg 9, Reichsstr. 4. Tel. 920231. Druck: W. Büxenstein, GmbH.